



Fischbestände in europäischen Gewässern erholen sich

Fischbestände in europäischen Gewässern erholen sich
Bundesministerin Aigner informiert sich in Warnemünde über neue Forschungsergebnisse und Überwachungsmaßnahmen.
Die Situation der europäischen Fischbestände entwickelt sich weiter positiv, insbesondere in Nord- und Ostsee. Das zeigt die aktuelle Mitteilung der Europäischen Kommission über die Fangmöglichkeiten im kommenden Jahr (2014): Im Nordostatlantik beträgt der Anteil überfischter Bestände 2014 nur noch 39 Prozent, während er 2007 noch bei 94 Prozent lag. Ein Hauptgrund für die deutliche Erholung der Bestände ist die konsequente Umsetzung von langfristigen Wiederauffüllungs- und Bewirtschaftungsplänen und die Anwendung des Prinzips des maximalen Dauerertrages. Dieser Ertrag gibt die höchstmögliche theoretische Fischmenge an, die einem Bestand auf Dauer durchschnittlich entnommen werden kann, ohne dass der Fortpflanzungs-Prozess erheblich beeinträchtigt wird.
Ein gutes Beispiel für die positiven Effekte langfristiger Bewirtschaftungspläne ist der Ostsee-Dorsch. Mittlerweile hat sich der östliche Bestand, der jahrelang als völlig überfischt galt, mehr als verdreifacht. Auch der westliche Dorschbestand wächst. Allerdings ist hier der Fischereidruck nach wie vor sehr hoch. Deshalb haben die Fischereiminister im letzten Jahr sogar eine stärkere Kürzung der Fangmenge beschlossen als von der Kommission ursprünglich vorgeschlagen. Der insgesamt positive Trend zeigt sich jetzt erfreulicherweise auch beim Nordseekabeljau. Der Bestand wächst seit 2006 langsam, aber kontinuierlich an und liegt seit Anfang dieses Jahres mit 72.000 Tonnen das erste Mal seit 1996 wieder oberhalb der Grenze, ab der eine rasche Erholung möglich ist. Auf einem Rekordniveau befindet sich die Scholle: Der Fisch wird in der Nordsee in einer gemischten Fischerei zusammen mit Seezunge gefangen. Der Schollenbestand der Nordsee hat Anfang 2013 mit 663.000 Tonnen den höchsten Wert seit Beginn der Bestands-Berechnungen vor über 50 Jahren erreicht.
Im Rahmen einer Erkundungsfahrt auf der Ostsee sagte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner: "Die Entwicklung bei vielen Fischbeständen ist sehr erfreulich. Die langfristigen Bewirtschaftungspläne zeigen Wirkung. Deswegen bleiben sie auch nach der Reform der Europäischen Fischereipolitik das zentrale Instrument, um eine nachhaltige Fischerei sicher zu stellen. Hinzu kommen die schrittweise Einführung von Rückwurfverboten, die Durchsetzung des Prinzips des maximalen Dauerertrags und eine effektivere Fischereikontrolle. Wir sind beim Meeresschutz einen Riesenschritt vorangekommen. Die Wende in der europäischen Fischereipolitik ist gelungen. Wir haben der Ausbeutung unserer Meere ein Ende gesetzt und den Erhalt der unverzichtbaren Fischbestände gesichert. Ich rechne fest damit, dass sich in den nächsten Jahren eine ganze Reihe weiterer Bestände spürbar erholen wird und der Anteil der Fischbestände, die nachhaltig befischt wird, weiter deutlich steigt."
Sorge bereitet derzeit noch die Bestandsentwicklung bei Seelachs, der erkennbar unter Umwelteinflüssen leidet. Deshalb empfehlen die Wissenschaftler, die Fangmenge 2014 um 15 Prozent zu senken. Ähnliches gilt für den Hering in der westlichen Ostsee, der seit 2004 nur sehr wenig Nachwuchs produziert hat. Hier wurden die Fangmengen drastisch reduziert von rund 50.000 Tonnen (2007) auf 16.000 Tonnen (2011). Seit dem vergangenen Jahr nimmt der Bestand wieder zu. Fischereiwissenschaftler gehen in beiden Fällen davon aus, dass der Bestandsrückgang nicht durch Überfischung, sondern durch ungünstigere Umweltbedingungen verursacht ist. Aigner betonte: "Die Bestände in Nord- und Ostsee haben sich zum Teil sehr gut erholt oder sind auf einem guten Weg. Der beim Meeresschutz eingeschlagene Weg muss in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden. Nur so können wir die Nahrungsressourcen in unseren Meeren auch für künftige Generationen erhalten - und damit langfristig auch Perspektiven für die Fischer."
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Wilhelmstraße 54 10117 Berlin Deutschland
Telefon: 0 30 / 1 85 29 - 31 74 / - 32 08
Telefax: 0 30 / 1 85 29 - 31 79
Mail: pressestelle@bmelv.bund.de
URL: <http://www.bml.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.